Niederschrift

25. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
10. November 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 7 der Tagesordnung: Fachstrategie Brücken
Vorlage: 2026/0146/1

Beschluss:
Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt nach Vorberatung im Bauausschuss von der angepassten Fachstrategie gemäß den dort dargelegten Ausführungen hinsichtlich

- der Umsetzungsbeschreibung
- des Ausgleiches der Unterfinanzierung der Ansätze um 500.000 Euro für die Unterhaltungsmittel der tatsächlichen Betriebskosten der Ingenieurbauwerke
- des Ausgleiches der Unterfinanzierung der Ansätze um 500.000 Euro für den Sammelansatz Ingenieurbauwerke

Kenntnis, beschließt die Fachstrategie und ermächtigt die Verwaltung auf dieser Grundlage zur Umsetzung in eigener Zuständigkeit.

Der Haupt- und Finanzausschuss stellt fest, dass es bei der derzeitigen Finanzausstattung von Karlsruhe nicht mehr möglich ist, die Ingenieurbauwerke (insbesondere Brücken) in angemessener Weise Instand zu halten und damit dieses öffentliche Vermögen zu sichern. Der OB wird aufgefordert, darauf beim Land in geeigneter Weise hinzuweisen und Abhilfe einzufordern.

Diese Fachstrategie ist keine Vorfestlegung für künftige Haushaltsentscheidungen. Über die Finanzierung und den tatsächlichen Umsetzungszeitpunkt ist jeweils im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens und der gesamtstädtischen Priorisierung im Investitionsmanagement zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmige Zustimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Stadtrat Löffler (GRÜNE) erklärt, es bestehe grundsätzlich Zustimmung, nachdem die Angelegenheit bereits mehrfach vorberaten worden sei. Er hebt hervor, dass auch nach der Fachstrategie nicht gewährleistet sei, dass die vorgesehenen Maßnahmen ausreichten; bei Brücken könnten weiterhin Notfallmaßnahmen erforderlich werden. Vor diesem Hintergrund halte er es für sinnvoll, von der Verwaltung zu hören, wie langfristig sichergestellt werden solle, dass es nicht zu Sperrungen oder ähnlichen Einschränkungen komme. Zugleich sei es notwendig, diese Lage öffentlich darzustellen, damit der Oberbürgermeister gegenüber Land und Bund auf die Situation der kommunalen Finanzen bei der Instandhaltung der Infrastruktur hinweisen könne.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) führt aus, es liege ein Haushaltsproblem vor und nicht ein Problem der Feststellung des jeweiligen Sanierungs- oder Reparaturbedarfs. Falls nachgesteuert werden müsse, werde der Gemeinderat hierüber zu entscheiden haben; ein großzügiges Paket, aus dem die Verwaltung eigenständig schöpfen könne, könne gegenwärtig jedoch nicht bereitgestellt werden. Aus der Vorlage gehe hervor, dass eine verwaltungsinterne Priorisierung bestehe; hierauf vertraue die CDU-Fraktion. Zugleich müsse aufgrund der allgemeinen Haushaltslage ein Sanierungsstau zur Kenntnis genommen werden.

Stadtrat Schnell (AfD) merkt an, seine Fraktion werde den beiden Fachstrategien zustimmen. Man sei sich bewusst, dass die dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel nicht ausreichten. Zugleich äußert er Vertrauen in den künftigen Baubürgermeister, der eine langfristige Strategie entwickeln werde, damit Straßen nicht unpassierbar würden und Brücken nicht einstürzten.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) bekennt, auch seine Fraktion sei mit den Vorlagen einverstanden. Zwar habe sich die Summe zwischenzeitlich etwas verändert, an der Tatsache eines bestehenden Investitionsstaus ändere dies jedoch nichts. Er weist darauf hin, dass es sich nicht um den einzigen Investitionsstau handele; auch in Schulen und in anderen Bereichen bestünden erhebliche Rückstände. Er lenkt den Fokus darauf, wie kostenintensiv die Infrastruktur, insbesondere für den motorisierten Verkehr, für die Stadt sei. Bei künftigen Diskussionen etwa über Parkgebühren müsse stets mitbedacht werden, wie teuer die Infrastruktur für Autos, aber auch für Fahrräder und den ÖPNV sei. Mobilität sei insgesamt teuer und stelle nur eines von mehreren Problemfeldern in der Stadt dar. Entsprechend müsse in allen Bereichen mit Investitionsstau von Haushalt zu Haushalt überlegt werden, wie die begrenzten Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden könnten.

Der Vorsitzende erläutert, dass keine Brücke offen gehalten werden könne, wenn die Gefahr bestehe, dass Personen zu Schaden kämen; Gleiches gelte auch für Straßen. Wenn die Verkehrssicherung nicht mehr gewährleistet sei, müsse kurzfristig reagiert werden, etwa durch Gewichtsbeschränkungen oder Sperrungen. Sollte festgestellt werden, dass ein Objekt nicht dauerhaft gesperrt werden könne, hierfür aber keine Haushaltsmittel mehr vorhanden seien, müsse die Verwaltung auf den Gemeinderat zukommen, damit die erforderlichen Mittel bereitgestellt würden. Dies lasse sich nicht im Voraus exakt prognostizieren. Die Unterfinanzierung in den Grundbudgets führe dazu, dass strategisch anders vorgegangen werden müsse: Vorrangig könne nur noch repariert werden; eine Generalsanierung mit einer Perspektive von weiteren 50 Jahren sei nicht mehr möglich. Dies führe zu einem anwachsenden Erneuerungsbedarf.

Mit den beiden Strategien könne diese Feststellung nun nachgewiesen werden; dies liefere in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den für die kommunale Finanzausstattung Mitverantwortlichen zusätzliches Argumentationsmaterial.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage abstimmen und stellt einstimmige Zustimmung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
13. November 2026